

Deutschland freut sich auf Gäste aus Guantanamo



Deutschland hat sich als moralische Großmacht präsentiert und als „weiser Mahner“ deutlich an internationaler Statur gewonnen, als hierzulande Kritik an dem Gefangenenlager Guantanamo laut wurde. Finden viele. Es passte ja auch alles zu schön zusammen. Der „völkerrechtswidrige“ Krieg im Irak, die Verschleppung unschuldiger „Aufständischer“ durch sinistre CIA-Kader in ein im rechtsfreien Raum angesiedeltes Lager. Und das alles unter der Ägide des personifizierten Bösen: George W. Bush. Kriegslüstern, imperialistisch, arrogant, texanisch. Eine großartige Gemengelage, um mit europäischer Arroganz zu belehren.

Gepaart war dieses [unappetitliche Posieren](#) unserer intellektuellen, politischen und Medieneliten mit dem für Europa typischen Handlungsverzicht. Untätigkeit hat hier eine lange Tradition: Ruanda, Balkan, Kosovo, Tschetschenien, Dafur. Warum sollte man daher nicht auch die Hände in den Schoß legen, wenn es um das Problem des Verbleibs [hochgefährlicher Torkader](#) geht.

An der heutigen Entscheidung der Bundesregierung, 2 ([in Worten: 2](#)) Gefangene aus Guantanamo aufzunehmen wird das (umgekehrt proportionale) Verhältnis zwischen grandioser floskelhafter Rhetorik der vielen moralischen Instanzen und der tatsächlichen Handlungsbereitschaft zum Zwecke der Problemlösung deutlich. [Weiter auf steinhoefel.de...](#)

» BILD: [Guantánamo-Häftlinge sollen nach Hamburg](#)

(Foto oben: Der Palästinenser und bald Neu-Hamburger Ayman al-Shurafa war Hamas-Aktivist, ließ sich für den „heiligen Krieg“ anwerben und wurde in einem afghanischen Terrorcamp ausgebildet)

Türkei löst diplomatische Krise aus



Auch US-Präsident Obama ist es bisher nicht gelungen, den theatralisch tobenden Türkenführer Erdogan zur Raison zu bringen, der mit antisemitischer Hetze wohl auch versucht, für seine Wiederwahl zu punkten. Jetzt droht eine diplomatische Krise mit Israel, das aufgrund der gewalttätigen Demonstrationen aufgehetzter Türken bereits begonnen haben soll, Botschaftspersonal zu evakuieren.

Die israelische Nachrichtenseite [DEBKA-Files berichtet](#):

Am frühen Mittwoch, dem 2. Juni, griff US-Präsident Barack Obama ein, um die Krise nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. In geheimen Telefongesprächen forderte er den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu auf, ohne Verzögerung alle Passagiere und Schiffe freizulassen. Dann versuchte er, mit dem tobenden türkischen Premier Minister Recep Erdogan vernünftig zu reden, der das israelische Vorgehen als "blutiges Massaker" bezeichnet hatte.

Nachdem er sein tiefes Mitgefühl für den Verlust von Menschenleben an Bord der Flottille ausgesprochen hatte, sagte der US-Präsident, dass bessere Wege für die Sendung humanitärer Hilfe nach Gaza gefunden werden müssten, ohne dass Israels Sicherheit dabei unterminiert würde. Er unterstützte den Aufruf des UN Sicherheitsrates nach einer "glaubwürdigen, unparteiischen und transparenten Untersuchung" des Ereignisses, weigerte sich aber, Israel zu verurteilen, oder die Durchführung der Untersuchung Israel aus der Hand zu nehmen.

DEBKAFfile berichtete aus Ankara, dass Erdogan sich geweigert habe, sich zu beruhigen und erklärt habe, dass wenn Amerika Israel nicht bestrafen würde, das in beleidigender Weise "auf menschlicher Ehre" herumgetrampelt sei, die Türkei dies tun würde. Über Nacht begann Israel damit, Diplomatenfamilien aus der Türkei zu evakuieren. Die

Mitarbeiter der Botschaft und der Konsulate sowie der Sicherheitsfirmen, die in Ankara und Istanbul zurückblieben, wurden aufgefordert, für die Abreise bereit zu sein.

Netanjahu berief das Kabinett zur zweiten Sicherheitssitzung innerhalb von zwei Tagen ein, nachdem die erste Sitzung am Dienstag die Fortdauer der Gaza Seeblockade bejaht hatte.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad drohte Israel zum wiederholten Mal die Zerstörung an; und den westlichen Unterstützern Israels drohte er die internationale Verurteilung als Kriegsverbrecher an.

Israel bereitet sich nun auf Ankaras nächste Schritte vor, sollte Ankara sich Präsident Obamas Vorschlag, die Krise auf friedlichen Weg zu beenden, verweigern.

In Jerusalem werden Erdogans Anschuldigungen als unbegründeter und ungerechtfertigter Angriff gesehen. Dies vor allem angesichts der Beweise, dass Erdogan sich mit Terroristen, einschließlich eines Zweigs von Al Kaida, verbunden hat.

Denn die IDF (israelische Verteidigungstreitkräfte) haben am Montagnachmittag, den 1. Juni, dazu Beweise veröffentlicht: die türkische Marmara, das Leitschiff der Flottille, wurde von Terroristen befehligt, die indirekt durch Gelder der türkischen Regierung finanziert wurden. Die Gelder liefen über die türkische İnsani Yardım Vakfı – IHH, die vom amerikanischen CIA als eine mit Al Kaida verbundene islamische Terrororganisation aufgelistet wird, die ihre Niederlassungen in der Türkei, Bosnien und Bulgarien hat.

Über hundert Passagiere an Bord gehörten Terrororganisationen an. Sie verhielten sich wie eine militärische Gruppierung mit einer Kommando Hierarchie. Ihre Führer befahlen den anderen vier- oder fünfhundert Passagieren, sich ihnen unterzuordnen. Die Gruppe unterteilte sich in Unterabteilungen, jede kontrollierte einen Teil des Schiffes bevor und nachdem das Schiff von Istanbul abgefahren war. Die Mitglieder der Truppe waren allesamt mit eisernen Schlagstöcken, Ketten, Messern, sowie mit Nachtsichtbrillen und Gasmasken bewaffnet. Obwohl sie von verschiedenen Terrororganisationen stammten, hatten sie alle den Befehl erhalten zu sagen, dass sie zur IHH gehörten.

Als das Schiff in den Hafen von Ashdod gebracht worden war, und die Passagiere am frühen Dienstag von Bord gebracht wurden, stellte sich heraus, dass die IHH-Mitglieder ohne Identifikationspapiere waren. Entweder waren den türkischen Behörden in Istanbul befohlen worden, sie ohne Papiere an Bord zu lassen, oder sie hatten ihre Papiere später über Bord geworfen. Jeder hatte einen Umschlag bei sich, der mit tausenden von Dollars voll gestopft war.

DEBKFiles Geheimdienstquellen haben enthüllt, dass die türkischen

Terror Aktivisten sich zuerst weigerten, Fragen zu beantworten. Gegen Dienstagabend begannen einige, zu sprechen. Sie gaben die Mitgliedschaft in der IHH und die Verbindung mit dem Balkan-Zweig von Al Kaida zu.

(Spürnase und Übersetzung: Renate)

Domradio erinnert an türkischen Völkermord



Vor 95 Jahren begann in der Türkei der systematische Völkermord an den armenischen Christen. In der deutschen Presse hält man sich mit Erinnerungen an den historischen Vorläufer des Holocaust zurück, könnte doch die Erwähnung des von der EU als Genozid anerkannten Verbrechens hier lebende Angehörige des Tätervolkes provozieren.

Umso mehr ist das Kölner Domradio zu loben, das das mohammedanische Tabu bricht:

Es ist eines der dunkelsten Kapitel des Ersten Weltkriegs: der Völkermord an den Armeniern. Bis heute behauptet die türkische Regierung, es habe ihn nie gegeben. Am 24. April 1915 begann der Völkermord mit der Verhaftung von 235 armenischen Intellektuellen in Istanbul.

Zwischen 1915 und 1917 wurden nach Schätzungen zwischen 600.000 und 1,5 Millionen Armenier ermordet. Auch Zehntausende assyrische und andere Christen wurden während des Ersten Weltkriegs durch die damalige Osmanische Regierung umgebracht.

Im von Krisen geschüttelten Osmanischen Reich bildeten die Armenier

um 1900 eine autonome Gemeinde mit eingeschränkten Rechten. Erfolge in Landwirtschaft, Handwerk und Finanzwesen weckten Neid. Für viele Türken waren die unter westlichem Schutz stehenden Christen Schuld am Siechtum und Auseinanderfallen des Reichs. Schon Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu ersten Pogromen. Allein die Massaker von 1894 bis 1896 hinterließen zwischen 50.000 und 300.000 Tote. Als zwischen 1909 und 1912 auch die Balkanvölker auf nationale Unabhängigkeit drängten oder von den Großmächten annektiert wurden, spitzte sich die Situation zu: Die 1908 an die Macht gekommenen Jungtürken zielten auf ein einheitliches türkisches Reich, wollten Türkisch als Einheitssprache und den Islam als alleinige kulturelle und religiöse Basis durchsetzen.

Der Erste Weltkrieg lieferte die Gelegenheit, dieses Konzept durchzusetzen. Auf Befehl des Innenministeriums wurde die politische und gesellschaftliche Elite der Armenier zu Tausenden verhaftet und meist ohne Prozess hingerichtet. Zehntausende starben auf Todesmärschen in der mesopotamischen Wüste.

Nachspiel, das Rechtsgeschichte schrieb

Deutschland, damals Kriegsverbündeter der Türkei, schaute stillschweigend zu, war aber genau informiert. Der deutsche Vizekonsul in Erzurum hielt 1915 fest: „Die armenische Frage soll nun im gegenwärtigen Krieg gelöst werden“, und zwar „in einer Form, die einer absoluten Ausrottung der Armenier“ gleichkomme. Der Widerstand einer kleinen Gruppe wurde weltweit bekannt und ging in die Literaturgeschichte ein: In seinem Erfolgs-Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ schilderte Franz Werfel, wie sich im Herbst 1915 mehrere tausend Armenier am 1.700 Meter hohen Berg Musa Dagh verschanzten. Kurz bevor sie aufgeben mussten, wurden sie von einem französischen und einem britischen Kriegsschiff gerettet.

Die Gewalttaten hatten ein Nachspiel, das Rechtsgeschichte schrieb: Nach dem Weltkrieg drängten die westlichen Siegerstaaten erstmals auf Kriegsverbrecherprozesse. Ein türkisch besetztes Kriegsgericht in Istanbul stellte fest, dass die Verbrechen zentral vorbereitet wurden, und verurteilte 17 Angeklagte zum Tode, konnte aber nur drei Hinrichtungen vollziehen. Die Haupttäter flohen, wurden aber zum Teil von armenischen Attentätern ermordet.

Tabu, das langsam aufbricht

Bis heute belasten diese Ereignisse die internationalen Beziehungen. 22 Länder und das Europaparlament haben das Geschehen bislang offiziell als Genozid eingestuft. Die Deportationen seien eine Kriegsnotwendigkeit gewesen, um die Armenier an der Unterstützung der russischen Truppen und an Aufständen zu hindern, behaupten türkische Historiker bis heute. Man solle Beweise für den Völkermord vorlegen, sagt Ministerpräsident Tayyip Erdogan. Auf die jüngst erlassene Genozid-Resolution des schwedischen Parlaments reagierte er beleidigt: Wenn das nicht aufhöre, werde die Regierung

die illegal in der Türkei lebenden Armenier deportieren, drohte er.

Allerdings ist das Tabu in der türkischen Gesellschaft längst brüchig geworden. Einer der wichtigsten Wegbereiter für ein Umdenken war der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink, der im Januar 2007 von einem Nationalisten ermordet wurde. In Istanbul sollen in diesem Jahr erstmals mehrere große Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen an das Geschehen erinnern. Auch in Hamburg wollen armenische, assyrisch-aramäische, türkische und kurdische Vertreter am Samstag an die Verfolgung erinnern.

Die Veranstaltungen fanden offenbar in großer Stille statt, jedenfalls sorgten sie nicht für Schlagzeilen in den großen Zeitungen, wie es dem Anlass angemessen wäre. Auf einen Versuch der Mindener Lokalzeitung, zur Aufarbeitung beizutragen, reagierten die Türken vor kurzem jedenfalls noch wie gewohnt. Die [FAZ berichtet](#):

Keine vier Wochen ist es her, da postierte sich ein Grüppchen türkischstämmiger Demonstranten vor der Redaktion des „Mindener Tageblatts“, um mit türkischer Flagge und Plakaten mit dem Konterfei des türkischen Staatsgründers Atatürk gegen die angeblich einseitige Berichterstattung der Zeitung zu demonstrieren. Der Auslöser: Ein Leserbrief über die Aufarbeitung des Völkermordes an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1917. Offenbar beeindruckt von der Belagerung druckte das „Mindener Tageblatt“ daraufhin einen Artikel, der versöhnlich gemeint war und das gegenüber der Redaktion vorgebrachte Anliegen der Demonstranten, genannt „Mindener Vorschlag“, beschreibt: „Wie in einem Gerichtsprozess“ solle von Türken und Armeniern der Sachverhalt der damaligen Ereignisse geprüft und bewertet werden.

Auch die Europaausgabe der türkischen Zeitung „Hürriyet“ reagierte – die Demonstranten hatten sie gleich mitgebracht –, nämlich mit einem Text, der sich als Aufruf liest, nach dem Beispiel des „Mindener Vorschlags“ eine europaweite Lobby gegen die Aufarbeitung des Völkermords zu gründen. Darin wird einer der Demonstranten zitiert: „Die türkische Geschichte ist rein. Wir müssen in Europa eine Einheit bilden. Der Kampf hat begonnen. Die Archive sind geöffnet. Wenn sie die Wahrheit erfahren wollen, sollen sie kommen und lesen und nicht vor einer Konfrontation weglaufen. Der Türke hat in seiner Geschichte nichts gemacht, wofür er sich schämen müsste.“

Man würde die Geschichte gern als deutsch-türkische Kleinstadtposse abtun, wäre sie nicht exemplarisch für das Vorgehen gewisser türkischer Kreise, die hierzulande versuchen, einen offenen Umgang mit dem Völkermord an den Armeniern zu verhindern – und damit dessen Anerkennung und Aufarbeitung. Es ist die Politik der Einschüchterung von Menschen, Medien und Institutionen. Aus fehlender Kenntnis der Sachlage, aus dem Wunsch, Konflikte mit den

türkischstämmigen Mitbürgern zu vermeiden, knicken diese ein.

» KStA: [Armenier-Genozid – Giordano nennt Erdogan „Brandstifter“](#)

(Spürnase: Kölschdoc)



EZB zerrt Griechen aus dem Schulden-Sumpf



Um die Misere Griechenlands zu beenden und das Restrisiko eines Auseinanderbrechens der Euro-Zone zu minimieren, ist die Europäische Zentralbank (EZB) kreativ geworden und trägt Milliarden in das Balkanland. Und das, obwohl die EU beschlossen hat, keinen Cent zu überweisen und die EZB offiziell keine Mitgliedstaaten finanzieren darf.

Der Standard [berichtet](#):

Not macht erfinderisch: Während die EU Defizitsünder Griechenland zum schmerzhaften Gesundsparen verdonnert hat und nicht einen Euro nach Athen überweist, hilft die EZB wo sie kann – effektiv und geräuschlos. Offiziell darf die Europäische Zentralbank (EZB) die Griechen nicht aus dem Schulden-Sumpf zerrren, da ihr die Finanzierung von Euro-Mitgliedsländern untersagt ist.

(...)

Noch mindestens bis Mitte Oktober können die Institute Woche für Woche bei der EZB in Frankfurt vorstellig werden und Geld zum rekordniedrigen Festzins von einem Prozent bei ihr abholen – egal wie viel sie auch wollen. „Das ist der Preis, den die EZB für die Krise in Griechenland zahlt“, war die erste Reaktion von ING-

Analyst Carsten Brzeski im Interview mit Reuters TV auf die überraschende Ankündigung von Notenbank-Chef Jean-Claude Trichet am Donnerstag. Überraschend war nicht, dass Trichet Europas Banken weiter unter die Arme greift, sondern wie lange er bereit ist, dies noch zu tun. Unterm Strich sind das viele Milliarden Euro für Athen.

(...)

Doch Trichet tut noch viel mehr für Athen – mit und ohne Worte: Fast schon auffällig lobte der Zentralbank-Chef am Donnerstag Griechenland für seine Sparanstrengungen. Und fast ebenso auffällig und beharrlich verweigerte Europas oberster Währungshüter sich auf Fragen von Journalisten zu antworten, ob die EZB denn bei ihrer harten Linie bleiben wird und Anfang 2011 zu ihren alten strikten Anforderungen für die Akzeptanz von Sicherheiten zurückkehrt. Die Sicherheiten – oft Staatsanleihen – müssen Geschäftsbanken bei der Zentralbank hinterlegen, wenn sie sich frische Liquidität besorgen wollen.

Und genau hier könnte es zum Jahreswechsel eng werden für die Griechen. Wenn die Ratingagenturen dem Land weiterhin misstrauen und ihre Bonitätsnoten nicht wieder anheben, sind griechische Staatsanleihen ab dem 1. Jänner für die EZB nicht mehr akzeptabel. Die am Donnerstag druckfrisch am Finanzmarkt platzierte griechische Anleihe wäre trotz reißenenden Absatzes nur noch die Hälfte wert. Trichet muss alles tun, um das zu verhindern. Noch im Februar war es für ihn „kristallklar“, dass die EZB bei ihrer harten Linie bleibt. Nur einen Monat später schweigt Trichet vielsagend – und reizt damit zur Spekulation.

(Spürnase: Mike M.)

Zwei 17-Jährige krankenhausreif geprügelt



Strafen müssen sie für ihr Handeln auch in der Schweiz

nicht fürchten, nur verständnisvolle Kuschelpädagogik oder vielleicht einen schicken Abenteuerurlaub: Eine Gruppe jugendlicher Balkanflüchtlinge attackierte ohne jeden Grund zwei 17-jährige Schüler und verletzte sie schwer. Hauptangriffsziel war wie üblich der Kopf.

Die Opfer erlitten Knochenbrüche im Gesicht.

20 Minuten [berichtet](#):

Der Ausgang endete für die beiden 17-Jährigen T.?K. und O.?Z.* am vergangenen Sonntag blutig: Sie waren um 0.30 Uhr im Zürcher Niederdorf auf der Suche nach einer Bar, als sie bei der Stüssihofstatt einer Gruppe von zehn Jugendlichen in Lederjacken begegneten. «Plötzlich wurde ich in den Bauch getreten», erzählt O.?Z. Danach traf ihn ein weiterer Kick am Kopf – er ging zu Boden. Sein Kollege T.K. wollte ihm aufhelfen: «Von da weg kann ich mich an nichts mehr erinnern, bis die Schläger weg waren», sagt der KV-Lehrling.

Mehrere Minuten wurden er und O.?Z. attackiert. «Sie traten immer gegen unser Gesicht», sagt O.?Z. Als die Schläger von ihm abliessen, bekam er es mit der Angst zu tun: «Ich sah auf einem Auge nichts mehr.» Die Wunde musste genäht werden. Während Stunden bangte der Gymischüler um sein Augenlicht. Zudem erlitt er mehrere Knochenbrüche im Gesicht.

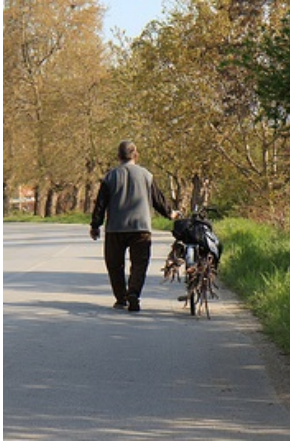
Auch T.?K. wurde übel zugerichtet: Nebst Knochenbrüchen hat er Schmerzen beim Kauen. Für beide ist klar: «Es waren Jugendliche aus dem Balkan. Sie zogen durch die Stadt, weil sie jemanden spitalreif schlagen wollten.» Die Opfer haben Anzeige erstattet. Die Stadtpolizei bestätigt den Vorfall und sucht Zeugen.

“Sie wollen ein Bild der Zukunft? Stellen Sie sich einen Stiefel vor, der in ein menschliches Antlitz tritt, immer und immer wieder”, schrieb George Orwell im Jahre 1949 in “[1984](#)“. Diese Zukunft ist jetzt da!

(Spürnase: Florian G.)



Der Balkan kommt



Dank der großen Freiheit, die durch die Abschaffung des Visumzwanges über sie hereingebrochen ist, kommen vom Balkan die Menschen in Scharen zu uns, was uns einen kleinen Vorgeschmack auf Visumfreiheit mit der Türkei gibt. Sogar die EU-Oberen sind alarmiert. Grund ist – wie 20min.ch auf die Tränendrüse drückend erwähnt – „bittere Armut“. Wenn das neuerdings ein Asylgrund ist, alimentieren wir am besten gleich die halbe Welt.

Eine unvorhergesehene Welle Asylsuchender vom Balkan macht nach Angaben aus Belgrad der Europäischen Union zu schaffen. Seit der Aufhebung des Visazwangs vor zwei Monaten beantragten allein aus Südserbien bis zu 10 000 Albaner in EU-Ländern Asyl. Jetzt handelt die EU.

Die Armut zwingt sie zur Auswanderung. Die EU kämpft mit vielen Asylbewerbern. Das sagte der Albaner-Vertreter im serbischen Parlament, Riza Haljimi, am Samstag. Nicht nur aus Südserbien reisen sie ins übrige Europa. Tausende weitere Albaner aus Mazedonien und dem Kosovo versuchten, in EU-Ländern politisches Asyl zu erhalten, berichteten die örtlichen Medien. Besonders getroffen sei Belgien.

Die EU-Kommission wird gemäss diesen Informationen am kommenden Montag einen hochrangigen Abgesandten nach Belgrad schicken, um die Rückführung dieser Asylbewerber zu organisieren. Der belgische Regierungschef Yves Leterme werde am 8. März Mazedonien und der Kosovo besuchen, um eine Lösung für dieses Problem zu finden.

Die Albaner in Südserbien, Westmazedonien und im Kosovo leben in bitterer Armut. Sie kommen nach Medienberichten zunächst bei ihren Verwandten in Belgien, Skandinavien, Deutschland oder der Schweiz unter, wo sie dann Asyl beantragen.

...und wir für sie zahlen, während sie uns dafür hassen...

(Spürnasen: Rainer P., Makkabaeer, Leonhard B.)

Adolf Hitler, Gesandter Allahs



Der amerikanische Historiker Jeffrey Herf untersucht in seinem neuen Buch „[Nazi Propaganda for the Arab World](#)“ die schon länger bekannte Verbindung zwischen Palästinensern und dem Dritten Reich (PI berichtete [erst kürzlich](#)). Die Palästinenser, die bei der modernen Staatengründung Israels behaupteten, sie müssten für etwas „büßen“, was in Wirklichkeit andere – nämlich die Nazis – begangen hatten, waren durchaus nicht so unschuldig am Holocaust, wie sie es in der Pallywood-Propaganda gerne darstellen. Sie sahen in Adolf Hitler während der Nazizeit den Gesandten, der ihnen die Befreiung von den Juden bringt.

Die Welt schreibt:

1933 gratulierte der Führer der palästinensisch-arabischen Nationalbewegung, Haj Amin al-Husseini, Hitler zur Machtergreifung und schrieb, er hoffe, dass nazistische Regierungen überall auf der Welt gedeihen würden. Während des arabischen Aufstands unterstützte Nazi-Deutschland (wie auch das faschistische Italien) die Aufständischen politisch, propagandistisch, offenbar auch mit Geld (und vielleicht einigen Waffen).

Und nach der Niederschlagung der Revolte (und eines weiteren anti-britischen Aufstands in Bagdad, an dem sie beteiligt waren) fanden Husseini und einige seiner Berater Zuflucht in Berlin, wo ihnen das Hitler-Regime ein monatliches Gehalt zahlte.

Im Gegenzug reiste Husseini auf den Balkan, wo er muslimische Soldaten für die Wehrmacht rekrutierte und im Rundfunk zum anti-britischen (und anti-jüdischen) Dschihad im Nahen Osten aufrief. Husseini schrieb auch an europäische Staatschefs (in Ungarn, Italien etc.) und bat sie, jüdische Gruppen an der Emigration aus Europa zu hindern, wodurch er sie letzten Endes dann in Hitlers Gaskammern schickte ...

Im jetzt bei Yale University Press erschienenen Buch „Nazi Propaganda for the Arab World“ (352 S., ca. 30 \$) beschreibt der

amerikanische Historiker Jeffrey Herf im Detail die Berliner Propaganda im Nahen Osten während des Zweiten Weltkriegs. ...

Die Propagandisten aus Berlin beschimpften die Juden als Schädlinge für die Menschheit; Briten, Amerikaner und Russen wurden als jüdische Agenten über einen Kamm geschoren. Im Nahen Osten wurde die Botschaft geschluckt und fügte der ursprünglichen islamischen Judäophobie, die, wie im Koran überliefert, von der Zurückweisung Mohammeds und des Islam durch jüdischen Stämme im Arabien des 7. Jahrhunderts ausgelöst worden war, eine neue Ebene hinzu. ...

Die Nazi-Sendungen betonten stets die gemeinsame Feindseligkeit gegen die Juden, oft zitierten sie den Koranvers: „Wahrlich, du wirst finden, dass unter allen Menschen die Juden den Gläubigen am meisten Feind sind.“ Als Husseini im November 1941 nach Berlin kam, traf er mit Ribbentrop und dann mit Hitler zusammen. Er sagte, dass „die Araber natürliche Freunde Deutschlands seien, weil sie drei gemeinsame Feinde bekämpfen: Die Engländer, die Juden und den Bolschewismus.“

Am 19. Dezember hielt Husseini anlässlich der feierlichen Eröffnung des Islamischen Instituts in Berlin eine Rede. Sie sollte in der Arabischen Welt wiederholt ausgestrahlt werden. „Unter denen, die die Muslime am meisten hassen ... sind die Juden ... Sie lassen nie von ihrer Politik der Intrige und des Übelwollens. Sie verspritzen ihr Gift in den islamischen Ländern ... Anlässlich des (anglo-amerikanischen) Nordafrika-Feldzugs, hat ihr Führer (Chaim) Weizmann erklärt, Algerien werde als Brücke zwei jüdische Zentren verbinden, New York und Jerusalem ... Der Koran sagt, sie befeuern den Kessel des Krieges und bringen der Erde Verderben ... Dieser Krieg ist ein jüdischer Krieg ... Die Juden haben ihren Einfluss auf Großbritannien ausgedehnt. Sie beherrschen Amerika. Die Juden stecken hinter dem zerstörerischen und atheistischen Kommunismus“.

...

Husseini sendete am 1. März 1944: „Erhebt euch. Erhebt euch wie ein Mann für eure geheiligten Rechte. Tötet die Juden, wo immer ihr sie findet. Das gefällt Gott, Geschichte und Religion.“ Seine Mindestforderung war die Vertreibung der Juden aus „allen arabischen und muslimischen Ländern. „Scheut keine Anstrengung, sodass nicht ein einziger Jude ... in den arabischen Ländern bleibt“, mahnte er. ...

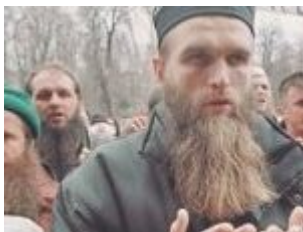
Ein amerikanischer Diplomat, der am 30. Oktober aus Dschidda berichtete, zitierte den saudischen König Abdul Aziz ibn Saud mit den Worten: „Die Juden ... sind eine gefährliche ... Rasse ... Wir Muslime ... hassen sie ... Unser Hass auf diese sündige und böse Rasse wächst Tag für Tag, bis es unser einziges Streben ist, sie alle zu erschlagen ... Wir Muslime werden kämpfen und sie abschlachten, bis wir sie von unserem Land vertrieben haben. Allah sei Dank haben wir keine Juden in unserem Königreich, und nie werden wir einem Juden gestatten, es zu betreten ...“

In seinem Buch untersucht Herf die Schriften Said Qutbs aus den späten Vierziger und Fünfziger Jahren, eines ägyptischen Theologen, der heute als al-Qaidas geistiger Pate gilt. Herf sieht ihn als Bindeglied zwischen der Nazi-Husseini-Kriegspropaganda und dem islamistischen Antisemitismus der Gegenwart. Qutb stellte die Juden als auf die Vernichtung des Islam Versessene dar.

Die Verbindung, die er herstellte, passt in eine Nussschale: „Die Juden kehrten zum Bösen zurück ... die Muslime vertrieben sie von der Arabischen Halbinsel ... Die Juden kehrten abermals zum Bösen zurück ... **dann schickte Allah Hitler, sie zu beherrschen (!!).** Und heute sind die Juden einmal mehr zum Bösen zurückgekehrt, in Gestalt ‚Israels‘, das die Araber ... Weh und Sorge hat schmecken lassen.“ Also werde Allah ihnen, schrieb er, bald „die schlimmste Strafe zumessen.“

Allah schickte „Hitler um die Juden zu beherrschen“ – da erzähle noch einmal jemand was von islamischem Frieden.

(Spürnase: Traurig)



Erstes Schariadorf in Bosnien-Herzegowina



Die Islamisierung des Balkans schreitet weiter mit riesigen Schritten voran. In der größten Polizeiaktion seit dem Bosnienkrieg (1992-1995) rückten gestern rund 600 Polizisten in das Dorf Gornja Maoca (Foto) nahe Brcko im Nordosten aus, das der demokratischen Verfassung abgeschworen und sich neu ganz der Scharia verpflichtet hat. In der Ortschaft lebt die größte Wahhabiten-Gemeinde des Landes.

Die russische Nachrichtenagentur [Novosti berichtet](#):

Das Ziel der Operation „Licht“ sei es, Personen auszumachen, welche der „Gefährdung der territorialen Einheit Bosnien-Herzegowinas, des Angriffes auf die Verfassungsordnung und des Schürens von ethnischem und religiösem Hass“ verdächtigt würden, teilte die bosnische Staatsanwaltschaft mit. ...

Die Wahhabiten-Gemeinde hatte in Gornja Maoca die bosnischen Gesetze durch das Scharia-Recht ersetzt und die Siedlung für Polizisten und Journalisten gesperrt. Laut bosnischen Medien ist das Dorf wegen fehlender Straßen für Fremde schwer erreichbar. Alle Wegweiser seien auf Arabisch, auf den meisten Häusern hängen islamische Flaggen. In den Schulen wird nach dem jordanischen Programm unterrichtet.

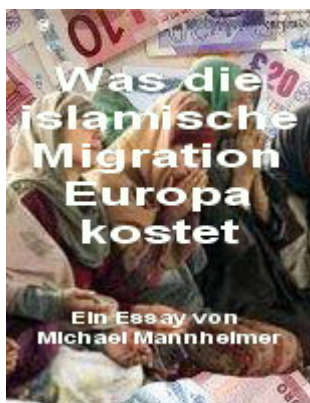
Nach dem Bosnienkrieg hatten viele Söldner aus islamischen Staaten, die auf der Seite der bosnischen Armee kämpften, in dieser Ortschaft Zuflucht gefunden und die bosnische Staatsbürgerschaft erhalten.

Eurabien ist spätestens jetzt im Balkan angekommen.

(Spürnase: Grindcore)



[Essay: Was die islamische Migration Europa kostet](#)



„Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos“ heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#),

das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

„Der Staat zahlt die Mieten, die Sozialhilfe, das Kindergeld und die Krankenversicherung und versetzt die Eingewanderten in die Lage, bescheiden zu leben, ohne Kontakt zu den verachteten Deutschen.“ (FAZ: [Jugendgewalt – Das libanesische Problem](#))

Einleitung

Wer über die wahren Kosten der Migration nach Europa spricht, gerät schnell in gefährliches Fahrwasser. Es drohen wütende Angriffe linker und grüner Parteien, ein allgemeiner Aufschrei der Medien, eine Ausgrenzung als Wissenschaftler, eine Dämonisierung als „rechtspopulistischer“ Politiker, ja sogar Berufsverbot. Doch können auch diese Reaktionen nicht länger über den Fakt hinwegtäuschen, dass die Kosten der Migration ihren Nutzen längst um ein Vielfaches übersteigen: auf dem politischen, dem gesellschaftlichen, und auch – entgegen den falschen Behauptungen der werterelativistischen Verteidiger einer weiteren Migration – insbesondere auf dem wirtschaftlichen Sektor.

1. Die Ausgangslage

Migration geschieht mittlerweile zu einem Großteil direkt in die historisch gewachsenen Sozialsysteme der europäischen Länder. Einst dazu gedacht, indigene Europäer im Fall eines Sozialabstieges temporär zu unterstützen, werden längst große Teile der europäischen Sozialtats zur dauernden, oft lebenslangen Unterstützung überwiegend muslimischer Migranten in Anspruch genommen und damit missbraucht. Ein Fakt, der von Politik, Medien und Intellektuellen aus Unwissenheit oder Angst gegenüber den einheimischen Europäern zum Tabu erklärt wurde. Der europäische Wohlfahrtsstaat in seiner bisherigen Form ist durch die Ankunft des Islam nicht mehr finanzierbar. Denn der Nutzen der Migration für Europa ist ein Mythos.

Der amerikanische Wirtschaftsexperte und Journalist Christopher Caldwell recherchierte über zehn Jahre lang die Geschichte der Zuwanderung Europas – von Malmö bis Rom, von Dublin bis Duisburg. Sein Ergebnis ist ernüchternd, ja niederschmetternd:

„Europa hat seinen Bedarf an Arbeitskraft von Zuwanderern überschätzt. Der wirtschaftliche Nutzen, den die Zuwanderung gebracht hat, war minimal und temporär. Er ist längst Vergangenheit.“ (Christopher Caldwell: „Reflections on the Revolution in Europe: Immigration and the West“, 2009)

Der Zustrom neuer ethnischer Gruppen nach Europa, besonders aber der Zustrom islamischer Massen war nicht – wie erhofft – eine rein quantitative Addition zu dem, was bereits da war. Gerade im Zuge der muslimischen Massenmigration

betrat eine neue Qualität die Länder Europas, die zu nichts geringerem als einem geschichtlich beispiellosen reaktionären Wertewandel- und Werteverfall geführt hat, den Europa kaum noch zu stoppen vermag. Die Geister, die Europa in den 50er- und 60er-Jahren rief, sind unkontrollierbar geworden. Die politischen Nachkriegseliten hätten – so Caldwell – über die Folgen ihres Tuns entweder nicht nachgedacht – oder sie aber vollkommen unterschätzt. Kaum jemand jener Politiker dachte im Traum daran, dass jene ausländischen Arbeitskräfte länger als 1-2 Jahre in Deutschland bleiben würden – und wohl niemand glaubte, dass sie je Sozialhilfe in Anspruch nehmen würden. Dass sie Jahrzehnte später jedoch ganze Familienclans ihre Religion samt Tausender Moscheen mitbringen und im Herzen Europas installieren würden, schien eine geradezu bizarre Vorstellung, die niemandem in den Sinn kam. In den 70er-Jahren reagierte Europa zwar mit einem Anwerbestopp. Aber die Klausel des Familiennachzugs erwies sich als postmodernes Trojanisches Pferd und ließ schließlich alle Dämme brechen: pro Jahr strömen mehr als eine Million Muslime ungehindert nach Europa ein. Die Dunkelziffer dürfte ein Mehrfaches betragen. Gab es 1945 noch ganze 600.000 Muslime innerhalb Europas, waren es 2009 bereits über 50 Millionen – Tendenz steigend. Lag die Beschäftigtenquote der in Deutschland der 60er Jahre lebenden und arbeitenden Türken noch über der deutschen, so stellen die Muslime heute in vielen deutschen und europäischen Städten oft 40 Prozent und mehr Anteil der Arbeitslosen. Caldwell dazu:

„Gastarbeiter drücken in allen europäischen Ländern die Produktivität. Da sind sich alle Experten einig.“ (zitiert in: Miriam Lau: [„Zuwanderung – Abrechnung mit einem Mythos“](#), in: WeltOnline, 10. Sept. 2009)

Die Renten-Lüge

Migranten – das wird man an den Zahlen im folgenden überdeutlich sehen – schaffen weder Prosperität noch entlasten oder gar „retten“ sie den Sozialhaushalt. Letzteres Argument geistert wie ein gebetsmühlenartiges Mantra durch sämtliche Medien und wird von Politikergeneration zu Politikergeneration weitertradiert, als handele es sich um den Satz des Pythagoras für die Aufrechterhaltung des europäischen Wohlfahrtsstaates. Tenor jener Argumentation ist: Die Sozialkosten der demografisch dramatisch abnehmenden westlichen Wohlfahrtsgesellschaften mit ihrem typischen Kennzeichen eines hohen Anteils alter Menschen und eines niedrigen Anteils junger Menschen können ohne einen ebenso dramatischen Zuzug von externem „Frischblut“ – sprich durch Migranten – auf Dauer nicht mehr bezahlt werden. Der Hintergrund dieser (unwahren) Behauptung ist, dass sich die Voraussetzungen des „Generationenvertrags“, wie er in den 50er und demografisch noch halbwegs „gesunden“ Jahren herausgearbeitet wurde, heute nicht mehr besteht. Hätten damals noch 2-4 junge, am Arbeitsleben teilnehmende Menschen für einen Rentner bezahlt, sei das Verhältnis heute bei 1:1 angekommen – und würde sich bei gleichbleibend geringer Kinderzahl westlicher Gesellschaften sogar in absehbarer Zeit umdrehen: Dann müsste nämlich eine einzige junge Arbeitskraft für mehrere Rentner aufkommen, was angesichts der hohen Kosten im Alter finanziell und einsichtig nicht

geleistet werden könne.

Dieses Argument enthält richtige Fakten und besticht auf den ersten Blick. Es ist das Standardargument der Befürworter massenhafter Immigration nach Europa. Aber wie fast alle Mythen fällt auch diese Behauptung bei näherer Betrachtung in sich zusammen.

So hat die UN-Abteilung für demografische Weltentwicklung allein für Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die unfassbare, aber mathematisch und demografisch korrekte Zahl von 701 Millionen Zuwanderern berechnet, die nötig wären, um in Deutschland die klassische Bevölkerungspyramide (viele junge, wenige alte Menschen) – auf der sich das Rentenberechnungssystem der jungen Bundesrepublik bezog – zumindest vorübergehend zu stoppen. Eine Zahl, die das Eineinhalbfache der derzeitigen Gesamtbevölkerung der EU beträgt und allein aus diesem Grund nie realisiert werden kann.

Ein anderes Szenario ist schon eher realistisch und gibt die Entwicklung Deutschlands ziemlich exakt wieder: derzeit gibt es in Deutschland einen negativen Bevölkerungssaldo von 200.000 Menschen (ca. 1 Mio Sterbefälle bei nur 800.000 Lebendgeburten in Deutschland). Dieser Saldo wird bis zum Jahr 2050 auf etwa 600.000 Menschen anwachsen. In der Gesamtsumme wird Deutschland allein wegen Geburtenmangels bis 2050 etwa 12 Millionen weniger Einwohner haben. Hinzu kommt ein geschätzter Verlust von weiteren acht Millionen Menschen (mittlere Variante) durch Abwanderung (*Quelle: Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin*). Um die derzeitige Bevölkerung von 82 Millionen Menschen zu erhalten, müsste Deutschland demnach bis zum Jahr 2050 über 20 Millionen Immigranten aufnehmen. Bereits heute leben in Deutschland allerdings schon etwa 20 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Deren Zahl wächst aufgrund ihrer wesentlich höheren Geburtenquote wesentlich schneller als die Zahl der indigenen Deutschen. Im Jahr 2050 ist demnach von 40-50 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund bei nur noch 30-40 Millionen indigener Deutschen auszugehen. Das sind wissenschaftlich abgesicherte Fakten, die prinzipiell auch für die übrigen Länder Europas gelten. Wenn diese Entwicklung politisch nicht gestoppt und rückgängig gemacht wird, wird das Europa des Jahres 2050 kein christliches Europa mehr sein, sondern ein von muslimischen Einwohnern und dem Islam dominierter Kontinent namens Eurabia.

Die Fakten-Lüge

Die Forderung nach Ersetzung wegfallender Deutscher (bzw. Europäer) durch massiven Zuzug nicht-europäischer Migranten ist jedoch mathematisch kaum machbar– und angesichts deren Tributs in die Sozialsysteme nicht vertretbar. Denn dass Migranten den Sozialhaushalt der europäischen Länder entlasten würden, ist eine der dreistesten Lügen linker, grüner und auch mancher Politiker aus den bürgerlichen Lagern der europäischen Parteien: so stieg in Deutschland etwa die Zahl der zugezogenen Migranten zwischen 1971 und 2000 um drei auf 7,5 Millionen, während sich an der Zahl der Berufstätigen so gut wie nichts änderte: Diese blieb bei 2 Millionen Berufstätigen konstant, quasi festgefroren. Im Jahr 1973 waren 65 Prozent der Immigranten berufstätig, 1983 waren es nur noch ganze 38 Prozent.

Da auch Migranten alt werden, beanspruchen auch diese irgendwann die Sozialsysteme – eine Rechnung, die so gut wie nie seitens der werterelativistischen Migrationsbefürworter gemacht wird. Warum ausgerechnet muslimische Migranten – meist des Lesens und Schreibens unkundig, meist ohne verwertbare berufliche Qualifikation, meist aus einem anderen Jahrhundert, oft aus einem zurückliegenden Jahrtausend kommend – die überwiegende Mehrheit der nach Europa zuströmenden Zuwanderer bilden, warum ausgerechnet jene Klientel also die wirtschaftlichen Probleme des High-Tech-, des Wissens- und Kulturkontinents Europa lösen sollten, bleibt eine Frage, die bislang kein einziger der Migrationsbefürworter beantworten konnte. Warum eine Klientel, die kaum Interesse an Bildung, dafür aber umso größeres Interesse an der Verbreitung und Dominanz ihrer archaisch-rückständigen, auf Weltherrschaft zielenden und barbarischen Religion (Scharia) hat, eine Bereicherung für das aufgeklärte und laizistische Europa sein sollte, kann ebenso seitens jener Vertreter nicht beantwortet werden. Wie all die Millionen im Zuge der Familienzusammenführung nachgekommenen Muslime, Frauen, Schwiegerstöchter, Omas und Opas, die selbst nach Jahrzehnten kaum drei Worte ihres europäischen Gastlandes sprechen können und niemals am Berufsleben teilnehmen, dafür fast immer finanziell den Sozialetat in Anspruch nehmen, eine Lösung für das demografische Problem Europas sein sollen, bleibt ebenfalls ein Rätsel – das allerdings unter dem Gesichtspunkt der seitens Grüner und Linker geforderten „Ausdünnung“ indigener Europäer durchaus Sinn macht (Näheres dazu s. Michael Mannheimer: [„Der Islam als Sieger des westlichen Werte-Relativismus – Eine Kritik der reinen Toleranz“](#)).

Fast überall dort, wo sich muslimische Diasporas gebildet haben, gibt es eine Erscheinung, die in der europäischen Geschichte bislang fremd war: die Entwicklung von Parallelgesellschaften im Herzen Europas, gebildet von Menschen, die europäische Werte verachten und die europäischen Menschen hassen und sie verfolgen. Die Fakten der Migranten-Kriminalität aller europäischen Länder sprechen eine klare und deutliche Sprache, werden aber seitens der Politik und Medien ebenso tabuisiert wie die Kosten, die Migration verursacht.

„Eine fatale Mischung aus deutschem und europäischem Selbsthass (begründet in der Nazi-Vergangenheit, Kolonialismus, Werteverlust) und islamischer „Hyper-Identität“ führt (...) dazu, dass Europäer vor allem dem Massenzustrom muslimischer Migranten hilflos gegenüberstehen.“ (Christopher Caldwell, zitiert in: Miriam Lau: [„Zuwanderung – Abrechnung mit einem Mythos“](#), in: WeltOnline, 10. Sept. 2009)

Erst langsam begreifen einige Europäer, welche verheerende Entwicklung sich durch die schrankenlose Immigration nicht-europäischer und zumeist islamischer Zuwanderung in ihren Ländern anbahnt. So beklagt der Schweizer Nationalrat Adrian Amstutz („Wir haben dasselbe Problem wie die Deutschen“):

„Früher kamen Leute zum Arbeiten in die Schweiz. Sie halfen in verdankenswerter Weise mit, unseren Wohlstand aufzubauen. Nun

lassen wir mehr und mehr Leute einwandern, die unseren Wohlstand plündern: Personen, welche nicht wegen des Arbeitsmarktes, sondern wegen der Sozialwerke in die Schweiz kommen.“ (Adrian Amstutz, Nationalrat: [„Ausländische Sozialwerkplünderer gehören ausgeschafft – Die “Balkanisierung” der Sozialwerke“](#))

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während der Anteil der Erwerbstätigen an der Brutto-Einwanderung in die Schweiz 1990 noch bei 53,4 Prozent lag, betrug dieser Anteil 2004 gerade noch 30,2 Prozent. Die Folge: Der Ausländeranteil der Sozialleistungsempfänger in der Schweiz ist überdurchschnittlich hoch und wächst stetig an. So beziehen die Ausländer, welche einen Bevölkerungsanteil von (bereits alarmierenden) 20,4 Prozent ausmachen, 43,8 Prozent der Sozialhilfe und mehr als vierzig Prozent der IV-Leistungen der Schweiz.

„Das enorme Ausmaß dieser Wanderungsbewegung und die damit verbundenen schädlichen Auswirkungen auf unser Land und auf unsere Wirtschaft wird von Links-Grün wie immer in solchen Fällen mit Fleiß verschwiegen.“ (ebd)

Auch Caldwell kommt am Ende seiner zehnjährigen Analyse [zum selben Resultat:](#)

„Immigranten beanspruchen die Sozialsysteme mehr, als sie dazu beitragen.“

» Demnächst in Teil 2: Fakten zu den Sozialkosten für Migration in Europa – am Beispiel Norwegens.

[Türkei will „Osmanisches Reich“ wiederbeleben](#)



Nach der Annäherung der Türkei an den Iran ([PI berichtete](#)) und Syrien und nachdem die Türkei eine gemeinsame Luftwaffenübung mit Israel ablehnte, hat Außenminister Ahmet Davutoglu (Foto) betont, die Türkei möchte gute Beziehungen zu seinen Nachbarn pflegen, so ähnlich wie ein modernes neues [Osmanisches Reich](#). (Zeichnung links: Mehmed II. zieht mit seiner Gefolgschaft in das eroberte Konstantinopel ein)

Die kroatische Tageszeitung [Slobodna Dalmacia](#) berichtet:

Außenminister aus Ankara Ahmet Davutoglu droht: Frechheit

Türkischer Minister in Sarajewo: Wir werden das ottomanische Reich auf dem Balkan wiederherstellen

„Bosnien/Herzegowina hat die Türkei besiegt. Das bedeutet: wir haben uns selbst besiegt!“ Diese Aussage stammt nicht von einem Internetportal in Bosnien/Herzegowina, sondern vom türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu im Gespräch mit bosniakischen Führern in Sarajewo. Dafür bekam er Applaus von den Gastgebern – sogar größeren Applaus als für seine Ermutigung für die Bosniaken: „Sie mögen sich sicher sein als Herren (Gebieten) Sarajewos und Bosnien/Herzegowinas.“

Die Befreiung

Davutoglu „spie“ noch weitere skandalöse Aussagen aus, bei denen er die Wiederbelebung des ottomanischen Reiches forderte – wobei er dessen Erbe als beste Zeit lobte – und bemerkte sarkastisch, dass [Mehmet Pasha Sokolovic](#) ein gewöhnlicher serbischer Bauer geworden wäre, hätten ihn die Osmanen nicht von seiner Familie weggeholt (zu damaliger Zeit erfolgten „Zwangsrekrutierungen“ christlicher Jungen zwecks Ausbildung zu Osmanischen Soldaten; im Zuge dieser Zwangsislamisierungen folgten Namensänderungen islamischer Prägungen; Anm. d. A.).

Er lobte die türkische Besatzung Bosnien/Herzegowinas als einen Akt der Gebietsbefreiung.

Devatoglu verdeutlichte weiter, dass die Türkei das Recht und auch Interesse daran habe „bei der Ordnung des Balkan, des Kaukasus und

des mittleren Ostens mitzubestimmen, um unsere Sicherheit und unser geschichtliches Erbe zu sichern“.

„Wir werden den Balkan, den Kaukasus und den mittleren Osten zum Zentrum der Weltpolitik der Zukunft machen. Dies ist das Ziel der türkischen Außenpolitik und wir werden dieses erreichen“, sagte der Chef der türkischen Diplomaten.

Devatoglu sagte: „In der Türkei gibt es mehr Bosnier als in Bosnien, mehr Albaner als in Albanien, mehr Tschetschenen und Abchasen als in Tschetschenien und Abchasien“ weil dies, wie er sagt, ein Teil des ottomanischen Erbes wäre.

„Wir wollen eine neue Balkanregion, die nach politischen Werten gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit, Zusammenarbeit und kultureller Harmonie geordnet ist. So war auch der ottomanische Balkan. Diesen Balkan werden wir wiederherstellen...“

Der neue Balkan

Die ottomanischen Jahrhunderte wären eine erfolgreiche Geschichte gewesen, welche nun wieder hergestellt werden müsse, gab Devatoglu in Sarajewo bei der Eröffnung der Konferenz unter dem Motto: „Ottomanisches Erbe und die muslimischen Gemeinden des Balkan heute“ bekannt.

Die Türken besetzen Sinj (eine Stadt in Südkroatien Anm.d.A) hier nur beim Maskenball, aber wenn man Devatoglu Glauben darf, könnte sich dieses bald wiederholen.

Der Standpunkt von Ahmet Devatoglu über das Ziel der türkischen Außenpolitik, den ottomanischen Balkan wieder aufleben zu lassen und daraus das Zentrum der Weltpolitik zu machen, ist nur ein Teil des türkischen Auftritts in Richtung Europa. Damit wurde die wahre Absicht der Türkei innerhalb der EU deutlich, nämlich die Herrschaft über das gesamte Südosteuropa, bis fast nach Wien. Dies sagte zu einer Presseagentur aus der Republika Srpska (Ein Teilgebiet in Bosnien-Herzegowina Anm.d.A) der serbische verteidigungspolitische Analytiker Gostimir Popovic.

Popovic sagte dazu: „In der ganzen Angelegenheit spielt Sarajewo eine entscheidende Rolle. Von dort aus möchte die Türkei einen dominanten Einfluss auf die Muslime Südosteuropas ausüben und diese zum dominierenden Volk der Region machen. Bosnien-Herzegowina ist dabei der Anfang.“

Popovic betonte, dass die Bestrebungen das ottomanische Imperium und seiner Logik eine große Gefahr für ganz Europa darstellt. Die Gefahr betrifft dabei besonders die Serben und das serbische Volk in der Region. Denn das Hauptziel wäre diese zu unterwerfen und in ihre Dienste zu stellen. Damit hätten sie eine Plattform für einen weiteren Antritt in Richtung Europa.

Geschrieben von Petar Milos und Mirsolav Landeka

(Übersetzung von PI-Leser Polarstern)

» [Erdogan wünscht sich Osmanisches Reich 2.0](#)

Moslempreis für Türkenfritz



Der Wahl der Kölner wollte er sich nicht mehr stellen – und selbst ohne seine Kandidatur hat die Kölner CDU eine grandiose Wahlniederlage erlitten und das OB-Amt an rotgrün verspielt. Sein Ratsmandat wird er voraussichtlich nicht wahrnehmen. Soviel Verrat an der eigenen Basis muss belohnt werden: Der scheidende Kölner Oberbürgermeister Türkenfritz Schramma bekommt am 1. November in Werl den Preis der Moslems für sein Engagement für Prunkmoscheebau und Islamisierung.

Sehr verdient. Immerhin stimmte Schramma sogar gegen die eigene Fraktion, wenn es um muslimische Interessen ging und bezeichnete die Islamisierungsgegner der Stadt, wie man seit der letzten Wahl weiß, über 20.000 Bürger, als Exkremete, die ins Klo gehören. Das ist die Sprache, für die man von Mohammedanern geliebt und geehrt wird. [Der Kölner Stadtanzeiger berichtet:](#)

Fritz Schramma (62), scheidender Oberbürgermeister der Stadt Köln, erhält den diesjährigen Mohammad-Nafi-Tschelebi-Friedenspreis des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland. Damit werden die Verdienste des CDU-Politikers um die Integration von Muslimen in Köln gewürdigt, wie das Institut am Donnerstag in Soest mitteilte. Ihm sei es gelungen, den Ruf der Rheinmetropole „als weltoffene Stadt zu festigen, in der Menschen unterschiedlicher Ethnien und Kulturen, Religionen und Weltanschauungen friedlich miteinander leben und sich entfalten können“, hieß es zur Begründung. Schramma bezeichnete die Auszeichnung als „große Ehre“. Integration und Verständigung zwischen den Religionen seien ihm stets ein Anliegen

gewesen.

Der Preis ist nach dem Syrer [Mohammad Nafi Tschelebi](#) benannt, der 1927 das Islam-Institut Berlin gründete, um das Verhältnis der Mohammedaner zum Deutschen Reich zu verbessern. Mit Erfolg, wie wir heute wissen, denn während des Nationalsozialismus genossen die fanatischen Judenhasser höchstes Ansehen bei den Funktionären der Diktatur und brachten es sogar zu einer eigenen muslimischen SS-Division, die sich der Judenvernichtung auf dem Balkan widmete. Den Erfolg konnte der Gründer aber nicht mehr genießen. Seine Leiche wurde 1933 in einem Berliner See gefunden.

Auch der Tag der Preisverleihung scheint mit Feingefühl gewählt. Am 1. November gedenken die Christen

„... der vielen Heiligen, um deren Heiligkeit niemand weiß als Gott.“
([Wikipedia](#))

Das passt doch.

» JU-Ehrenfeld: [“Friedenspreis” für Unterwürfigkeit](#)

Europarat rügt Rassismus der Schweiz



Angesichts des Hasses und der Abscheu islamischer Einwanderer gegenüber westlichen Europäern, deren bewussten Abgrenzung gegenüber Einheimischen und der Plünderung der Sozialkassen, hat der Europarat nichts Besseres zu tun, als den erstarkenden [Rassismus der Schweizer zu kritisieren](#). Festgemacht wird dieses beispielsweise mit der überproportional hohen Arbeitslosigkeit bestimmter Einwanderer, höheren Prämien in der Autoversicherung oder den Wahlplakaten der SVP (Bild).

Studien hätten zudem ergeben, dass Versicherungsgesellschaften für Kfz-Versicherungen von Einwanderern aus den Balkanländern, Südeuropa, Afrika, Südamerika und Asien höhere Beiträge fordern als

von den Einheimischen. Die Schweizer Behörden forderte das ECRI auf, solche „diskriminierenden Praktiken“ zu unterbinden.

Nun betreibt jede Versicherung Risikoanalysen, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Männer zahlen weniger in die Krankenversicherung ein, weil sie seltener zum Arzt gehen als Frauen, dafür zahlen letztere niedrigere Prämien in die Lebensversicherung, weil sie länger leben. Männliche Fahranfänger zahlen höhere Beiträge als weibliche, weil sie riskanter fahren und mehr schwere Unfälle bauen...usw. usf. Der Beispiele ließen sich viele finden und niemand regt sich darüber auf. Nur für Einwanderer sollen die Gesetze des Marktes außer Kraft gesetzt werden, sind diskriminierend, ja rassistisch.

Vor allem Schwarzafrikaner, Muslime und Immigranten aus den Balkanländern seien in der Schweiz weit verbreiteten Diskriminierungen ausgesetzt, rügte das Europäische Komitee gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht. Dies gelte besonders für den Zugang zu Ausbildung und Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit sei bei Ausländern – die fast 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung ausmachten – fast drei Mal so hoch wie im Landesdurchschnitt.

Was natürlich Schuld der Schweizer ist. In bester Manier das Pferd am Schweif aufgezümt, sind die Schweizer Schuld daran, dass ungebildete und ungelernete Menschen in ihr Land strömen, die dann natürlich keine Arbeit finden. Sicher ist auch das „Tischlein-deck-dich“ des Schweizer Wohlfahrtsstaates daran schuld, dass Menschen es sich in der sozialen Hängematte gemütlich machen und gar nicht daran denken, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Aber das hat der Antirassismus-Wächterrat sicherlich nicht gemeint.

Die Experten kritisieren zudem die nach wie vor sehr restriktive Einbürgerungspolitik. Vor allem Anträge von Bürgern aus dem ehemaligen Jugoslawien und Muslimen würden „wegen bestehender Vorurteile“ häufig abgelehnt.

Egal, dass diese Zuwanderer kein Gewinn für die Gesellschaft sind und die Schweizer es wagen, zu entscheiden, wen sie bei sich aufnehmen. Auch Vermieter werden kritisiert, weil sie überlegen, ob sie Wohnung und Umfeld der Verslumung preisgeben. Aber das Schlimmste kommt zum Schluss:

„Tief besorgt“ äußern sich die Mitglieder des Komitees auch über das Erstarken der unverblümt fremdenfeindlichen Schweizerischen Volkspartei (SVP). Diese beschuldige Ausländer pauschal, in der Schweiz soziale Leistungen zu missbrauchen und Verbrechen zu begehen. Mit ihrem „rassistischen Diskurs“ und Plakaten, die Einwanderer etwa als schwarze Schafe darstellen, habe die SVP wesentlich zur Verschlechterung des Klimas und einer „feindseligen Atmosphäre“ beigetragen. Da es keine echten Strafen für die

Verbreitung fremdenfeindlicher Gedanken durch Politiker gebe, breiteten sich Vorurteile zunehmend in der öffentlichen Meinung aus.

Wobei mit „Vorurteil“ nackte Fakten gemeint sind. So wird ein Fakt zum Vorurteil, wenn es allgemein bekannt wird.

(Spürnasen: Semper Fidelis und Uohmi)

Schweizer Coop täuscht Muslime

☒ Schlechte Nachrichten für alle Muslime, die wegen eines Beitrages bei PI Fleisch von Coop gegessen haben. Sie kommen jetzt leider in die Hölle, wo ihre Gedärme mit flüssigem Blei gefüllt werden. Sorry – unser Fehler.

Schuld an dieser Katastrophe ist der Schweizer Konzern, der in seinem beliebten Balkansortiment Halal-Fleisch anbietet ([PI berichtete](#)). Wie uns Coop jetzt schmunzelnd mitteilt, ist das ganze nur ein Trick, um Moslems zur Sünde zu verführen, denn das als „halal“ verkaufte Fleisch stammt nicht von geschächteten Tieren, wie das islamische Gesetz zwingend vorschreibt. Coop schreibt uns:

Ihre Berichterstattung von heute ist falsch. Bitte korrigieren Sie Ihre Aussagen entsprechend [unserer Medienmitteilung von heute](#): Coop verkauft Halal-Fleisch, das nicht geschächtet ist.

In vereinzelt Medien wird fälschlicherweise geschrieben, dass Coop ab heute Aufschnitt aus „Halal“ geschächtetem Fleisch anbietet. Das ist falsch.

Richtig ist: Coop bietet seit heute in den grössten 37 Filialen fünf Charcuterie Produkte unter der aus Deutschland stammenden Marke Baktat an. Die Produkte enthalten Halal-Fleisch, das nicht geschächtet wurde. Die Tiere werden vor dem Schlachten betäubt. Das in der Coop erhältliche Halal-Fleisch weicht damit in keiner Art und Weise weder vom schweizerischen noch vom EU Recht ab. Der einzige Unterschied ist, dass zusätzlich eine Person mit islamischem Glauben jeweils bei der Schlachtung anwesend ist.

Nach dieser Definition, die wohl kaum der Prüfung durch islamische „Gelehrte“ standhalten wird, wäre wohl alles Fleisch, das in Europa erzeugt wird, automatisch „halal“. Oder gibt es in Westeuropa noch einen Schlachthof, auf dem nicht irgendwo ein Moslem herumsteht?

Schweizer Coop-Kette wird halal



Auch der neben Migros größte Schweizer [Lebensmittelhändler Coop](#), der relativ hohe Preise mit angeblich guter Qualität rechtfertigt, nimmt neu [Halal-Wurstscheiben](#) in sein sogenanntes „[Balkan-Sortiment](#)“ auf. Für Balkan-Kunden gibt's also einen Extraservice, trotz Schächtverbot im Tierschutzgesetz.

Direkt zu sagen, das Angebot richte sich an Muslime, wäre aber anscheinend nicht politisch-korrekt genug. „Balkan-Kunden“ klingt irgendwie vornehmer, obwohl gar nicht alle Kunden aus dem Balkan muslimisch sind und sich außer Muslimen kaum jemand für das neue Halal-Fleisch in den Regalen interessieren wird.

Der Großverteiler bestätigte am Freitag einen Bericht des Lokalsenders „Radio Zürisee“. Mit diesem Aufschnitt werde das so genannte „Balkan-Sortiment“ ergänzt, das sich großer Beliebtheit erfreue, sagte Coop-Sprecher Nicolas Schmied auf Anfrage weiter. Coop führe bereits seit einiger Zeit eine große Anzahl von Original-Markenartikeln aus der Balkanregion. Damit werde dem Umstand Rechnung getragen, dass in der Schweiz rund 700.000 Menschen mit Migrationshintergrund aus dieser Region lebten.

Der Migros-Konzern führt im nationalen Sortiment kein Halal-Fleisch, aber zahlreiche andere Halal-Produkte, wie Sprecher Urs Peter Naef erklärte. Dieser Weg sei auf Grund der Problematik mit der Schlachtung eingeschlagen worden.

» [Kontakt zum Coop-Kundendienst](#)

(Spünasen: Die Realität, Daniel G. und Herakleitos)



Saudi-Arabien: Reisewarnung für die Schweiz



Genf, die Schweizer Stadt, die mehr geschätzte Millionäre zu ihren Einwohnern zählt als Arbeitslose, ist zu gefährlich für den arabischen Touristen und mit der Bronx, dem Elendsviertel der Stadt New York, zu vergleichen. Die Stadt sei eine „Räuberhöhle“, warnt der TV-Sender Al Arabiya, in der arabische Touristen von Muslimen aus Nordafrika „ausgeraubt und verprügelt“ würden.

In Zeiten des Kampfes gegen Rechts™ müsste man meinen, ein Überfall Unbekannter auf einen jungen Saudi, der vor einer Woche mit einer Metallstange Krankenhausreif geprügelt worden sein soll, müsste in allen Medien stehen. Doch nur Al Arabiya „weiß“ von einem Fall, von dem die Schweizer Medien nichts gehört haben – ja, nicht einmal die Genfer Polizei hat Kenntnis über den angeblichen Skandal.

Hinzu kommt: Bei den unbekanntem Tätern denken die Saudis gar nicht in erster Linie an rassistische, rechte Schweizer-Nazis, sondern an Einwanderer aus dem Maghreb, an muslimische Brüder aus Nordafrika, was für eine rassistische Anschuldigung...

Laut Al Arabiya leben arabische Touristen in Genf gefährlich. Einwanderer aus dem Maghreb, dem Balkan sowie dem Kaukasus hätten es auf sie abgesehen. Genf sei genauso gefährlich wie Teile der New Yorker Bronx.

Auch der saudi-arabische Generalkonsul Nabil Al Saleh hält Migranten in Genf für extrem gefährlich:

„Wenn die Behörden nicht endlich gezielt gegen die ungenügende Sicherheit in Genf vorgeht, werden wir gemeinsam mit anderen

Golfstaaten unseren Bürger davon abraten, Ferien in Genf zu machen.“

Die Genfer fürchten dadurch jetzt um ihre Tourismuseinnahmen. Der Polizei fällt es schwer, Maßnahmen gegen Gewalttaten zu ergreifen, die vielleicht nur in der arabischen Fantasie stattgefunden haben und so rassistisch, auf die afrikanisch-islamophoben Forderungen der Saudis einzugehen und alle Nordafrikaner aus Genf auszuweisen, will man auch nicht sein – ein echtes Dilemma.

(Spürnase: Eisfee)